



Donnerstag, 16. Dezember 1976

Blatt 2978

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal:
(rosa)

3. Wasserleitung in der Zielgeraden

Straßenersatzbrücke: Gute Ergebnisse der Belastungsproben

Gemeinderatsausschuß genehmigte Straßen-Projektierungsarbeiten

Budgetdebatte 1977

Lokal:
(orange)

Kurzentrum Ober Laa: Thermalschwimmbad wird vergrößert

Mehr als 1000 Mann kämpften gegen den Schnee

Die Rettung im November: Herzerkrankungen und Verkehrsunfälle

Erbsenbachbrücke: Provisorium in wenigen Tagen

Kultur:
(gelb)

Jakob Weinbacher - 75. Geburtstag

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So.
12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

k o m m u n a l :

=====

3. wasserleitung in der zielgeraden

1 wien, 16.12. (rk) der gemeinderatsausschuss fuer staedtische dienstleistungen und konsumentenschutz beschloss in seiner letzten sitzung die vergabe der rohrlegearbeiten fuer die 3. wasserleitung. damit kommen die arbeiten zur herstellung der 3. wasserleitung aus dem brunnengebiet moosbrunn in die zielgerade. stadtrat heinz n i t t e l teilte bei dieser gelegenheit mit, dass die brunnenfassungen im moosbrunner gebiet und die wasserbehaelter in moosbrunn und unter-laa vor der fertigstellung stehen und nun das letzte fehlende teilstueck, die wasserleitung zwischen moosbrunn und wien, in arbeit geht.

0937

L o k a l :

=====

die rettung im november:

herzerkrankungen und verkehrsunfaelle

2 wien, 16.12. (rk) die zahl jener, die bei verkehrsunfaellen und nach herzattacken durch die aerzte des rettungsdienstes der stadt wien versorgt werden muessen, nimmt nach wie vor zu. im vergangenen monat wurde vom rettungsdienst bei 2.263 akuterkrankten in 198 faellen herzinfarkt und in 134 faellen sonstige herzerkrankungen diagnostiziert. erste hilfe wurde bei 2.040 verletzten personen geleistet, wobei wieder die zahl jener, die bei verkehrsunfaellen verletzungen erlitten, mit 557 personen (im oktober waren es 528) am hoechsten war. darueber hinaus wurde im november bei 76 selbstmordversuchen interveniert, wobei es in 55 faellen gelang, noch rechtzeitig hilfe zu bringen. insgesamt wurden von den aerzten des wiener rettungsdienstes im vormonat 4.430 personen bei 4.159 ausfahrten behandelt. im oktober waren es 4.406 interventionen.

der krankenbefoerungsdienst transportierte insgesamt 5.849 patienten (im oktober waren es 5.564) und legte insgesamt 72.656 kilometer (oktober: 70.390) zurueck.

in insgesamt sechs faellen wurde vom rettungsdienst- bzw. krankenbefoerungsdienst erfolgreiche geburtshilfe geleistet. (zi)

0940

L o k a l :

=====

kurzentrum ober laa: thermalschwimmbad wird vergroessert

4 wien, 16.12. (rk) das thermalbad im kurzentrum ober laa erfreut sich bei den wienerinnen und wienern groesster beliebttheit. erst kuerzlich konnte der ein-millionste-besucher begruesst werden. der besucherrekord im thermalschwimmbad hat die kuehnsten erwartungen uebertroffen. deshalb hat man sich entschlossen, das thermalbad zu vergroessern.

buengermeister leopold g r a t z wird mittwoch, den 22. dezember, um 15 uhr, den spatenstich fuer den neubau vornehmen. das thermalschwimmbad wird ein zweites innenbecken, ein zweites aussenbecken sowie eine sauna, ein restaurant und eine tennishalle erhalten. (ka)

0957

mehr als 1.000 mann kaempften gegen den schnee

5 wien, 16.12. (rk) durch den staendigen schneefall, der mittwoch den ganzen tag anhielt, trat vielfach auf den fahrbahnen strassenglaette auf. es wurden tagsueber 171 streufahrzeuge und 11 sandlademaschinen eingesetzt. in der nacht zum donnerstag sank die temperatur auf minus 5 grad, so dass alle fahrzeuge sowohl auf den hauptstrecken als auch in den nebenstrassen zum streueinsatz kamen. insgesamt waren 1.043 mann bei der schneeraeumung und glatteisokaempfung eingesetzt. (ka)

1040

k u l t u r :

=====

jakob weinbacher - 75. geburtstag

3 wien, 16.12. (rk) am 20. dezember vollendet weihbischof ddr. jakob weinbacher sein 75. lebensjahr.

jakob weinbacher wurde am 20. dezember 1901 in wien geboren. in den letzten jahren des weltkriegs und waehrend des umsturzes 1918 studierte er an der wiener universitaet theologie und wurde im jahre 1924 zum priester geweiht. die ersten jahre wirkte er als kooperator in laa a.d. thaya, 1926 ernannte ihn kardinal piffl zum erzbischoeflichen zeremoniaer. der kardinal sandte ihn auch zum studium des kirchenrechtes nach rom, wo er 1932 sein zweites doktorat erwarb. nach seiner rueckkehr nach wien wurde er sekretaeer kardinal innitzers und dessen rechte hand. 1939 wurde weinbacher verhaftet und nach parchim in mecklenburg verbannt. 1943 wurde er neuerlich verhaftet und verbrachte zwei jahre bis zum kriegs-ende im gefaengnis. nach ende des krieges kehrte weinbacher sofort nach wien zurueck, wurde zum domkapitular ernannt und mit der leitung der caritas beauftragt. im jahre 1950 ernannte ihn kardinal innitzer zum generalvikar. eine neue grosse aufgabe zog ihn jedoch bald von seiner wiener taetigkeit ab, als papst pius (roem) 12. ihn zum leiter der anima in rom ernannte. diese berufung war fuer weinbacher persoendlich wie auch fuer oesterreich eine grosse ehre, da in den grossen politischen stellungen der weltkirche oesterreich ausserordentlich wenig positionen besitzt und deutschland immer wieder ansprueche macht, die direktorstelle der anima, aus der zahlreiche kardinaele und bischoefe hervorgegangen sind, zu besetzen. weinbacher verbrachte achteinhalb jahre in rom, wo er auch als konsultor roemischer kongregationen und als mitglied der konzilvorbereitungskommission taetig war. sowohl die oesterreichische regierung, wie auch die regierung der deutschen bundesrepublik anerkannten seine taetigkeit als rektor der anima durch die verleihung des grossen goldenen ehrenzeichens fuer verdienste um die republik oesterreich und des grossen verdienstkreuzes der bundesrepublik deutschland. durch den ploetzlichen tod des weihbischofs

./.

dr. streidt wurde die stelle des generalvikars wieder vakant und kardinal koenig griff sofort auf praelat weinbacher zurueck und konnte ihn aus seiner stelle in rom wieder nach wien zurueckbringen. praelat weinbacher hat als priester, kirchenrechtler und mensch in der erzdioezese wien einen ausserordentlich guten namen. sein eintreten fuer ein unabhaengiges oesterreich und seine kompromisslose ablehnung des nationalsozialismus hat ihm auch die freundschaft und die achtung zahlreicher nichtkatholiken eingetragen. 1962 wurde jakob weinbacher zum weihbischof ernannt und im dom zu st. stephan geweiht. von 1961 bis 1969 war er abermals generalvikar der erzdioezese wien und ist seit 1961 leiter des sekretariates der oesterreichischen bischofskonferenz. seit 1969 ist er auch bischofsvikar fuer die orden. im jahre 1972 wurde weihbischof ddr. jakob weinbacher mit dem grossen goldenen ehrenzeichen des landes wien ausgezeichnet.

0944

Kommunal:Gemeinderat:Debatte "Inneres und Bürgerservice"
=====

Wien, 16.12. (RK) Am vierten Tag der Budgetdebatte im Wiener Rathaus wurde zunächst die Geschäftsgruppe "Inneres und Bürgerservice" (Amtsführender Stadtrat Peter Schieder) beraten.

Dkfm. Bauer (FPÖ) sprach von der Hoffnung, daß mit der Umbenennung dieser Geschäftsgruppe der Umweltschutz nicht ganz entschläft, denn schon bisher seien zwar auf diesem Gebiet zahlreiche Prüfungen und Messungen vorgenommen, aber keine Konsequenzen gezogen worden. Noch in seiner Antrittsrede hat 1973 Stadtrat Schieder bei echten Gefährdungen Abhilfe versprochen und unter anderen landesgesetzliche Maßnahmen angekündigt, wie ein Abfallbeseitigungsgesetz, ein Feuerpolizeigesetz hinsichtlich der Luftreinhaltung, ein Lärmschutzgesetz. Diese Gesetze gibt es aber noch immer nicht. Ausreden auf die Bundesebene sind nicht stichhältig. Salzburg und Steiermark haben seit 1974, Tirol seit 1973 und Vorarlberg sogar seit 1971 Luftreinhaltegesetze. Zum Gewässerschutz hat die FPÖ zwei Anträge eingebracht, es wurde auch zugegeben, daß etwas geschehen muß, nur tat man nichts. Auf mehrere FPÖ-Anträge zur Abfallbeseitigung und Rohstoffrückgewinnung wurde geantwortet - man prüfe und ist noch nicht so weit. Das gleiche betrifft Vorschläge für ein Altölbeseitigungsgesetz und für den Lärmschutz.

Für Information, Bürgerservice und Presseunterstützung sind 85,2 Millionen eingesetzt. Gegenüber den Ansätzen für Veröffentlichungen und Information im Jahr 1973 ist das eine Steigerung um fast 160 Prozent, meinte Bauer. Dazu kommen aber noch andere Ausgaben ähnlicher Art - für Personalwerbung, Tag der offenen Tür, Werbeaufwand der Stadtwerke, etc., so daß man insgesamt für Werbung und Information rund 120 Millionen ausgeben will. Das ist zu viel des Guten. Bauer brachte den Antrag ein, die Informationsausgaben auf die Hälfte zu kürzen und stellte weiter den Antrag, den Betrag für Geschäfte der Bezirksvertretungen und Bezirksvertretungen von fünf auf zehn Millionen zu erhöhen. Abschließend ver-

merkte der Redner die Zuordnung des Zivilschutzes zu dieser Geschäftsgruppe als positiv. (smo)

Die Kompetenzen für den Zivilschutz waren bisher auf verschiedene Geschäftsgruppen verteilt. Durch die Änderung der Geschäftseinteilung wäre es nun möglich, das aufzuholen, was in anderen Bundesländern bereits erreicht wurde. Die Mittel für 1977, 200.000 S, sind allerdings nur eine Erinnerungspost, kritisierte GR. Köch1 (ÖVP). 76/87

Köch1 stellte den Antrag, dem Wiener Landesverband für Zivilschutz die notwendigen Mittel für die vielfältigen Aufgaben zur Verfügung zu stellen. Die Übergänge zwischen Frieden und Krieg sind schleifend, und ein Staat, der eine Strategie des Friedens machen möchte, muß bei Zeiten Zivilschutz betreiben. Köch1 kritisierte, daß die Bauordnung keine Schutzraumpflicht enthalte, daß in den Schulen die Fragen der Neutralität und der geistigen Landesverteidigung vernachlässigt werden und daß Organisationen, wie der Arbeiter-Samariterbund und die Pfadfinder seit neuestem für Übungen bei der Luftschutztruppenschule des Bundesheeres beträchtliche Kostenvorschreibungen serviert bekommen.

Bei Sturmkatastrophen und bei Hochwasser zeigt sich, daß in solchen Notstandssituationen der Mensch zunächst auf sich allein angewiesen ist. Feuerwehr, Rettung und andere Einrichtungen können nur dann wirksam werden, wenn sie zum bedrohten Bürger gelangen können. In der Zwischenzeit müßte der Selbstschutz wirksam werden.

Im Jahr 1976 leisteten die Feuerwehr und die Pioniere des Bundesheeres bei Katastrophen in Wien hervorragende Arbeit. Allerdings könnte es bei Notsituationen zu Schwierigkeiten bei der Wasserversorgung kommen. Köch1 stellte den Antrag, mobile Trinkwasseraufbereitungs- und Verpackungsanlagen anzuschaffen. (sei)

GR. Lustig (SPÖ) betonte die große Aufmerksamkeit, welche die Stadt Wien dem Umweltschutz zuwendet. Lustig führte unter anderem den Umweltbericht, die Umwelterhebung 1973, die Erstellung von Katalogen zu den Problemkreisen Luft, Lärm, Sondermüll und Wasser, den Luftbericht und den im Entwurf vorliegenden Lärmbericht an.

Grundlage für die Umweltoffensive der Stadt Wien sei die Umwelterhebung 1973 gewesen, aus der hervorgehe, daß die Wiener Bevölkerung der Luftreinhaltung und der Lärmbekämpfung die größte

Bedeutung beimesse. Eine Gesetznovelle zur Luftreinhaltung wurde in Auftrag gegeben, ein Luftmeßwagen angeschafft, der Luftbericht ausgewertet. Weitere Maßnahmen seien notwendig. Das Verbrennen pflanzlicher Abfälle soll auf bestimmte Zeiten eingeschränkt, die Lagerung brennbarer Flüssigkeiten in Haushalten neu geregelt werden.

Aus dem Entwurf zum Lärmbericht gehe hervor, daß die Lärm-belästigung in den gemischten Baugebieten - so in den Bezirken 1, 4 bis 7, 10, 12, 16 bis 18 - am empfindlichsten sei. Notwendig seien sowohl bauliche Maßnahmen als auch gezielte Emissions-bekämpfung, entsprechende Standortwahl, Grundrißgestaltung und Verkehrsfreihaltung bei ruhebedürftigen Einrichtungen. Im Zusammenhang mit dem Straßenverkehr sei Lärmschutz sowohl durch verkehrorganisatorische als auch durch technische Maßnahmen nötig. GR. Lustig kündigte an, daß eine Kommission eingesetzt werden soll, die sich mit dem Problem der Hundehaltung beschäftigt.

Wien sei mit öffentlichen Grünanlagen (21 Millionen Quadratmeter, das sind 13,2 Quadratmeter pro Einwohner) gut versorgt. In Bremen entfallen auf einen Einwohner 10,3 Quadratmeter, in Rotterdam und Rom acht Quadratmeter, in Frankfurt 7,1 Quadratmeter und in Düsseldorf 3,8 Quadratmeter. Da die Verteilung der Grünanlagen auf die einzelnen Bezirke unterschiedlich sei, komme der weiteren Ausgestaltung der kleinen Parks große Bedeutung zu. Die finanziellen Mittel für die Erhaltung der bestehenden Parkanlagen werden im Budget 1977 um 25 Prozent erhöht, wesentlich erhöht werde auch der Ansatz für die Schaffung neuer Anlagen. Allein im Jahr 1976 wurden 180.000 Quadratmeter öffentliche Grünflächen neu geschaffen. Aus den Abgaben aufgrund des Baumschutzgesetzes werden drei neue Parks errichtet, eine Million Schilling wird für die Neupflanzung von Laubbäumen aufgewendet.

GR. Lustig regte an, ob eine Umzäunung der kleinen Parks nicht im Interesse der Bevölkerung gelegen wäre, da es immer wieder zu Verschmutzungen und Zerstörungen komme.

Innenhöfe könnten zusammengelegt werden, dafür sei aber auch die Mitwirkung der privaten Hausbesitzer nötig.

In Wien gebe es 300 Kleingarten- und Siedlervereine. Mehrere Erweiterungen und Neuanlagen sind auf diesem Gebiet vorgesehen. Der Wald- und Wiesengürtel erlebe derzeit die größte Erweiterung seiner Geschichte. Im März 1976 habe die Gemeinderätliche Planungskommission ein Konzept beschlossen, das eine Ausdehnung von derzeit 6.250 Hektar auf 13.750 Hektar und die Schließung des Grüngürtels um Wien vorsehe.

GR. Lustig bedauerte die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes, die es der Stadt Wien unmöglich mache, eine wilde Deponie auf einem Privatgrundstück räumen zu lassen. (ger)

Im Mittelpunkt der Kritik von GR. Dkfm. Dr. Maria Schaumayer (ÖVP) am Budget der Geschäftsgruppe "Inneres und Bürgerservice" stand der Aufwand für Public relations und Information. Seit 1974 seien die Kosten dafür von 45,4 Millionen auf 72 Millionen für das Jahr 1977 angestiegen. Im Sprachgebrauch sei der Begriff "Veröffentlichungen" durch die lapidare Bezeichnung "Sondererfordernisse" ersetzt worden und aus Informationen sei allgemein Information geworden. Die gefertigten Broschüren und Prospekte würden dem Gemeinderat immer erst nach dem Erscheinen zur Verfügung gestellt. Weiter kritisierte GR. Schaumayer den Budgetansatz von 23 Millionen für Bürgerservice und Presseunterstützung. In der Aufgliederung seien 18 Millionen für Bürgerservice vorgesehen, fünf Millionen für Forschungsaufträge zum Kabelfernsehen. Die Presseunterstützung sei in dieser Aufgliederung noch gar nicht enthalten. Wenn man die Beträge für den Tag der offenen Tür und die Bürgermeisteraufwendungen zusammenzähle, käme man auf einen Gesamtbetrag von über 107 Millionen an Public relations-Kosten. Nicht mit eingerechnet seien dabei die Personalkosten des Presse- und Informationsdienstes, dessen Mitarbeiterzahl weiter gestiegen sei. Als wenig effektive Veröffentlichung bezeichnete GR. Schaumayer die "wien-information". Die Stadtverwaltung sollte den Mut besitzen, sich von Publikationen, die keinen Aussagewert haben, sondern nur Kosten verursachen, zu trennen.

Das Bürgerservice mit den geplanten Wandtafeln in Wohnhäusern, die TV-Kassetten an Kreuzungen, den mobilen Auskunftsstellen biete dem Bürger wieder nur passive Information. Wesentlicher wäre eine durchgreifende Rathausreform in der Verwaltung gewesen. Die Antenne zum Bürger fehle, die Öffentlichkeitsarbeit werde zur Einbahn. GR. Schaumayer plädierte für den direkten Weg zum Bürger nicht in Form von Berieselung, sondern von Anhörung und gemeinsamer Diskussion. Solange Rathausalltag und riesiger Public relations-Aufwand in derart krassem Gegensatz zueinander stünden, könne die ÖVP den Budgetansätzen dafür keine Zustimmung erteilen. (ba)

GR. Dipl.-Ing. DDR. Strunz (ÖVP) setzte sich mit den Aufgaben der MA 22 auseinander. Seit 1971 ist die Zahl der Krebstoten um vier Prozent gesunken, aber für Krebserkrankungen sind Umweltfaktoren maßgeblich verantwortlich. Durch ein modernes Luftreinhaltgesetz ist es England gelungen, vom Spitzenfeld der Lungenkrebserkrankungen wegzukommen. In einem Kubikmeter Wiener Luft werden 3.000 Bakterien, 1.600 Pilzsporen, 20 bis 40 Millionen Staubteilchen, davon bis zu 20 Prozent Silikatstäubchen, sowie acht krebserregende Substanzen festgestellt, wobei gegenüber von englischen Richtwerten bei Inversionswetter in Wien das 300-Fache gemessen wird. Besonders gefährlich sind neben den Kohlenwasserstoffen die Silikate und Bleisubstanzen. Bei den bisherigen Messungen wurde in Wien besonders auf Schwefeldioxydanteile Wert gelegt. Das genügt nicht. Die Silikatanteile müssen bei den Messungen besonders berücksichtigt werden. Für Magenkrebskrankungen sind Bestandteile von Lebensmitteln maßgeblich. Vor allem die Ausscheidungsprodukte von Schimmelpilzen in kohlehydratreichen Lebensmitteln erreichen eine doppelte Giftigkeit von Zyankali. Die Gefährlichkeit von verschimmeltem Brot wird oft unterschätzt. Man sollte daher eine Broschüre zur Information aller Haushalte über derartige Gefahren herstellen.

Strunz regte dann Schutzmaßnahmen für die Aulandschaft links der Donau an. Sicher ist es nicht möglich, die gesamte Lobau als Naturschutzgebiet zu widmen. Langsam, aber sicher wird sie zu einer wilden Mülldeponie mit allen Gefahren für das Grundwasser. Eine Generalsanierung muß daher vorgenommen werden. In einem diesbezüglichen Antrag werden als Sofortmaßnahmen verlangt: Absoluter Schutz der Trinkwasservorkommen in der Lobau, Maßnahmen gegen wilde Müllablagerungen, Vorrang für das ökologische System mit zusätzlicher

Bewässerung der Altarme und Vermeidung von weiteren Eingriffen in dieses System. (smo)

Die Bereitschaft des Bürgers zur Mitarbeit steigt, wenn er mehr Kenntnisse hat. Daher muß ein ausreichendes Maß an Information gegeben werden. Information ist ein unabdingbares Bürgerrecht und Voraussetzung für die Demokratie, erklärte GR. Edlinger (SPÖ). Gerade in der Kommunalpolitik kann der unmittelbare Lebensraum bewußt gestaltet werden und sind Mangel, Grenzen und Überwindung gesellschaftlicher Verhältnisse am ehesten einsichtig.

Das Bürgerservice soll eine verstärkte Direktinformation bringen. Die Massenmedien tragen nur beschränkt dazu bei und informieren oft nur halb. Im einzelnen verwies Edlinger auf eine stärkere Information bei Änderungen des Flächenwidmungs- und Bauungsplanes, auf Hinweistafeln in allen Wiener Häusern, Wandzeitungen und auf eine Dezentralisation der Stadtinformation. Edlinger begrüßte ein Projekt des Landesstudios Wien, Bürger selbst das Programm gestalten zu lassen. Mehr Information bedarf aber auch verschiedener begleitender Maßnahmen. So könnte eine vorzeitige Planungsinformation der Bodenspekulation dienen. Das muß verhindert werden.

Der ÖVP warf Edlinger vor, in der Praxis sich an gesellschaftlichen Leitbildern der Vergangenheit zu orientieren. Die ÖVP war gegen den Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung, sprach bei der Hochschulreform von einem Verlust der Hochschulautonomie und auch der Wechsel an der Wiener ÖVP-Spitze war sicherlich kein Beispiel praktizierter Demokratie. (sei)

StR. Schieder (SPÖ) nahm zu zahlreichen, von seinen Vorrednern angeschnittenen Problemen Stellung:

Zwischentitel im Budget der MA 53: Ersetzung von "Informationen" durch "Information" durch die moderne Informationstheorie begründet.

"Presseunterstützung": Unterscheidung von der "Presseförderung" des Bundes sowohl juridisch als auch sachlich begründet: Die Presseförderung des Bundes diene der demokratischen Meinungsvielfalt, während die besondere Aufgabe des Landes Wien darin bestehe, in den Zeitungen mehr Platz für kommunale Probleme zu ermöglichen.

Tag der offenen Tür: Erhöhung um eine Million Schilling durch allgemeine Erhöhung der Kosten und Honorare begründet.

Wien aktuell: Am Inhalt wurde keine Kritik geübt, lediglich am Titelbild. Den Mitarbeitern sei in Gestaltungsfragen ein gewisses Maß an Freiheit zuzugestehen.

Zivilschutz, Katastrophenschutz: Schieder betonte das Bemühen um noch engere Zusammenarbeit auf diesen Gebieten. Er werde mit Minister Lütgendorf Gespräche über die Frage der Kostenvorschreibungen des Bundesheeres für die Inanspruchnahme von Ausbildungsstätten des Bundesheeres durch einschlägige Organisationen führen.

Öffentliche Grünanlagen: Im nächsten Jahr wird ein Schwerpunktprogramm durchgeführt, bei dem nicht nur die Anlage neuer, sondern auch die Ausgestaltung bestehender Parks im Vordergrund stehen wird. Schieder unterstrich die Bedeutung des "kleinen Parks um die Ecke" in der Großstadt.

Schieder dankte für die Anregung des Gemeinderates Dr. Strunz betreffend Kieselsäure und Silikate. Zwei Staubmassometer wurden bereits angeschafft, befinden sich derzeit aber in Reparatur und werden in der nächsten Woche zur Verfügung stehen.

Lobau: Aufgabe der Stadtverwaltung, Verunreinigung zu verhindern und zu bekämpfen. Dabei werde in Zukunft nicht nur nach ortspolizeilichen Vorschriften, sondern auch nach dem Forstgesetz, dem Wasserschutzgesetz und - wenn möglich - nach dem Umweltschutzgesetz des Strafgesetzes vorgegangen werden. Leider seien auch viele Firmen Verursacher von Verunreinigungen. Schieder regte eine gemeinsame Initiative der Parteien und der Kammer in dieser Frage an.

Luftreinhaltenevelle: Noch nicht beschlossen, aber schon fertiggestellt, in Überarbeitung, Beschluß im Frühjahr 1977.

Wegwerfflaschen: Von der Stadt Wien wurden wesentliche Initiativen gesetzt. Eine Regelung dieses Problems in Wien allein sei aber juristisch unmöglich und steuertechnisch problematisch. Deshalb müsse es zu einer gesamtösterreichischen Regelung kommen, die entsprechenden Anregungen wurden von seiten Wiens gemacht. Darüber hinaus wurden auch Gespräche mit den Brauereien geführt.

Altölbeseitigung: Verfassungsgerichtshof entschied, daß die Frage des Sondermülls nicht in die Kompetenz des Landes Wien falle. Deshalb wurden Gespräche mit den zuständigen Stellen des Bundes geführt. Der Gesetzentwurf liege im Parlament.

Baulärm: Wesentliche Taten wurden gesetzt: 600 Anzeigen wurden erstattet, es kam zu 500 Verurteilungen.

Straßenlärm: Gesetzliche Regelung Bundeskompetenz, aber alles getan, was im Bereich Wiens möglich ist: Lärmschutzwälle, Flüsterbeläge, Maßnahmen im Rahmen der Bauordnung.

Bürgerservice: Das Bürgerservice werde keine "Einbahn", keine "Berieselung" des Bürgers sein, sondern vielmehr die Aufrechterhaltung und Intensivierung des Kontaktes zwischen Stadtverwaltung und Bürger. Kontaktstellen sollen geschaffen werden, die Bevölkerung soll von Planungen so rechtzeitig informiert werden, daß sie ändernd eingreifen kann. Die Möglichkeiten des Kabelfernsehens sollen auch im Hinblick auf die sich dadurch bietende Chance auf Selbstverwirklichung untersucht werden. Das Bürgerservice sei keine Propaganda, sondern die in Europa einzigartige Chance der Bürger auf Beteiligung an der Gestaltung ihrer Stadt. (ger)

Debatte U-Bahn-Bau

Zum Abschluß der Budgetdebatte wurde über den U-Bahn-Bau (Amtsführender Stadtrat Franz Nekula) beraten.

GR. Dkfm. Bauer (FPÖ) kritisierte, daß der Antrag der FPÖ, wonach die Bauarbeiten für die U 1 nach Kagran beschleunigt vorangetrieben werden sollten, zwar vom Gemeinderatsausschuß beschlossen wurde ein budgetärer Ansatz für das Jahr 1977 ist jedoch noch nicht vorgesehen. Der Redner stellte daher den Antrag, 312,5 Millionen aus der Bundeskraftfahrzeugsteuer für die Beschleunigung des U-Bahn-Baus zu verwenden.

Das U-Bahn-Grundnetz allein biete noch keine Gewähr für den reibungslosen Ablauf des öffentlichen Verkehrs. Eine wirkungsvolle Verbesserung würde die Verknüpfung des bestehenden S-Bahn-Netzes mit dem U-Bahn-Netz bedeuten, sowie die Einbeziehung der Vorortelinie in das S-Bahn-Netz. Nur ein wohlorganisiertes Verkehrsverbundsystem, das die Bevölkerung auch benützen könne, würde die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs fördern. Ausgangspunkt müsse ein generelles Verkehrskonzept sein. Der Ausbau des S-Bahn-Netzes sei angeblich immer an der Interesselosigkeit der Österreichischen Bundesbahnen gescheitert. Zur Klärung der finanziellen Frage seien 150 Millionen von der Stadt Wien für den Ausbau der S-Bahn bereitzustellen. GR. Dkfm. Bauer stellte den Antrag, daß im Budgetansatz 150 Millionen als Drittel-Beteiligung der Stadt Wien für den Ausbau des S-Bahn-Netzes aufgenommen werden soll.

Allgemein gelte es, möglichst rasch ein Verkehrskonzept zu erstellen, den U-Bahn-Bau zu beschleunigen, die S-Bahn auszubauen, beide Netze miteinander zu verknüpfen, ein einheitliches Tarifsystem zu schaffen und Investitionen rationell aufeinander abzustimmen. (ba)

GR. Ing. Kreiner (ÖVP) berichtete, daß seit dem Grundsatzbeschuß für den U-Bahn-Bau im Jahr 1968 die Baukostenschätzung von 885 Millionen auf 15,3 Milliarden im Investitionsplan angestiegen ist. Darin ist aber die Verlängerung nach Kagran noch gar nicht enthalten. Die Finanzierung erfolgt aus Bundesmitteln, Dienstgeberabgabe und Steuern aller Wiener. An Bundesmitteln sind 1,3 Milliarden zugeflossen, damit ist der ursprünglich fünfzigprozentige Zuschuß auf 9,7 Prozent gesunken. Die Dienstgeberabgabe bedeckt schon mehr, nämlich 14,1 Prozent. Die Bauleistungen hinken der Planung nach. Während für die erste Ausbaustufe ein Liniennetz von 25,4 Kilometer vorgesehen ist, werden bis 1980 lediglich 10,1 Kilometer fertig sein. Das sind mindestens zwei Jahre Verzögerung. Verzögert wird auch die Verlängerung nach Kagran, im Investitionsplan sind 1977/78 dafür keine Mittel vorgesehen. Man wird daher mit der U-Bahn nach Kagran erst dann zu bauen beginnen, wenn die neue Reichsbrücke im Bau ist. Kreiner reklamierte einen Generalverkehrsplan für Wien, sprach aber die Befürchtung aus, daß dieser noch lange hinausgezögert wird, obwohl er von Stadtrat Nekula für 1978 versprochen wurde. (smo)

Die Stadtverwaltung setzt sich das Ziel, die Fertigstellung der Reichsbrücke terminlich bestmöglich mit der Inbetriebnahme der U 1 nach Kagran abzustimmen. GR. Daller (ÖVP) bezweifelte jedoch, ob das verbal angestrebte Ziel erreicht werden wird. Nach vorliegenden Zeitplänen wird die Reichsbrücke Ende 1980, die U 1 nach Kagran aber erst Ende 1982 fertig sein. Die im Finanz- und Investitionsplan ausgewiesenen Bauraten lassen für die U 1 auf eine Fertigstellung im Jahr 1982 schließen. Daller befürchtete, daß der Wiener Anteil von der Nahverkehrsmilliarde nicht für die Verlängerung der U 1, sondern für andere U-Bahn-Bauten verwendet wird. Daller trat dafür ein, daß der derzeitige quasi Schnellbahnbetrieb auf der Ostbahn zu einem regulären umgewandelt wird. Eine Verlängerung bis Hirschstetten Aspern wäre anzustreben. (sei)

GR. Schultz (SPÖ) stellte fest, daß mit rund 30 Prozent der im Budget vorgesehenen Investitionen für den U-Bahn-Bau ein Signal für den weiteren Ausbau des Nahverkehrs gesetzt werde. Im Bauabschnitt Reumannplatz-Karlsplatz werden die Innenausbauarbeiten abgeschlossen, die Leitstelle am Karlsplatz wird 1978 fertig. Im Juni 1977 werden die Verkehrsbetriebe mit dem Probebetrieb auf dieser Strecke beginnen. Die Querung des Donaukanals wird abgeschlossen, die Rohbauarbeiten an der Station Nestroyplatz, mit Ausnahme der Stiegen, beendet. Im Bauabschnitt der U 2 zwischen Landesgerichtsstraße und Deutschmeisterplatz werden die Rohbauarbeiten abgeschlossen. Schultz warf der ÖVP im Zusammenhang mit der Verlängerung der U 1 nach Kagran Inkonsequenz vor, da sie gegen den Projektwettbewerb Reichsbrücke gestimmt habe. Bei der Planung der U 1 im Raum Kagran müsse auf den Lärmschutz Rücksicht genommen werden, bei der Querung der Alten Donau seien Gesichtspunkte des Umweltschutzes zu beachten.

GR. Dr. Mayr (ÖVP) bezeichnete die Reichsbrücke als ein Nadelöhr für die U 1. Die genaue Lage stehe noch gar nicht fest. Es sei zu befürchten, daß die Lassallestraße noch U-Bahn-Baustelle sei, während die neue Reichsbrücke schon fertiggestellt sei. Schon jetzt werde der Zeitplan für den Bau der U 1 nicht mehr eingehalten, der Gemeinderatsbeschluß erfolge um einen Monat später als vorgesehen.

Stadtrat Nekula (SPÖ) betonte, daß der Zeitplan für den Bau der U 1, der U 2 und der U 4 voll eingehalten werde. Im Budget seien drei Milliarden Schilling für den U-Bahn-Bau vorgesehen, davon rund 600 Millionen für die Anschaffung von Wagen. Insgesamt werden 121 Doppeltriebwagen für das Grundnetz angeschafft. Die Umstellung der Stadtbahn auf U-Bahn-Betrieb sei nur etappenweise möglich, da sie unter Aufrechterhaltung des Stadtbahnbetriebes durchgeführt werden müsse. Ende 1977 wird die U-Bahn bis zum Schottenring fahren, 1978 bis zum Karlsplatz. Anfang 1978 wird die U 1 zwischen Reumannplatz und Karlsplatz den Betrieb aufnehmen.

Demnächst beginnt der Tunnelvortrieb vom Donaukanal in Richtung Nestroyplatz, ein wegen der geologischen Verhältnisse schwieriger Abschnitt. Seitens der U-Bahn-Bauer wurden jedoch alle denkbaren Vorkehrungen getroffen.

Zwischen Reumannplatz und Donaukanal besteht bereits eine durchgehende unterirdische Verbindung. Die großen Leistungen der Techniker und Arbeiter beim Wiener U-Bahn-Bau finden auch im Ausland volle Anerkennung. Die Verlegung des dritten U-Bahn-Aufganges auf dem Stephansplatz in ein angrenzendes Haus würde aufgrund der derzeitigen Verhandlungen Ablösen von 50 bis 70 Millionen Schilling erfordern. Dies könne und wolle niemand zahlen. Im Interesse vor allem auch der Geschäftsleute der Rotenturmstraße soll der Ausgang vorläufig so gebaut werden, daß er zu keiner Beeinträchtigung der Architektur des Platzes führt. Es wird jedoch weiter verhandelt, so daß der Ausgang in das Haus verlegt werden kann, sobald ein vernünftiges Verhandlungsergebnis erzielt werden kann. Bei Ustrab-Aufgang an der Ecke Getreidemarkt - Mariahilfer Straße sei seinerzeit die gleiche Vorgangsweise erfolgreich eingeschlagen worden.

Nekula unterstrich die große Bedeutung des Wiener U-Bahn-Baus für die gesamte österreichische Wirtschaft. Von den bisher aufgelaufenen Kosten in der Höhe von 9,6 Milliarden Schilling flossen - an Aufträgen und Löhnen - 3,6 Milliarden Schilling nach Wien, 1,045 Milliarden nach Niederösterreich, 1,299 Milliarden ins Burgenland, 1,825 Milliarden in die Steiermark, 599 Millionen nach Oberösterreich, 39 Millionen nach Salzburg, 101 Millionen nach Kärnten, 47 Millionen nach Tirol und 17 Millionen nach Vorarlberg.

Der Bau der U 1 nach Kagran werde in drei Abschnitten - Praterstern - Mexikoplatz, IAKW - Alte Donau, Alte Donau - Kagran - begonnen. Die Reichsbrücke selbst stelle für den U-Bahn-Bau derzeit noch einen Unsicherheitsfaktor dar.

Es sei deshalb möglich, daß die U-Bahn zum Zeitpunkt der Fertigstellung der Reichsbrücke noch nicht bis Kagran fahre.

In diesem Falle werde die Straßenbahnbrücke vorläufig noch in Betrieb bleiben.

Nekula kündigte an, daß die gemeinsam von den Geschäftsgruppen Planung sowie Verkehr und Energie zu erstellende Verkehrskonzeption 1978 vorliegen werde.

Er kritisierte, daß die ÖVP einerseits die finanzielle "Misere" infolge des Baues von Großprojekten beklage, andererseits ständig weitere Großprojekte - U 3, U 6, S-Bahn-Ringe - fordere. Die U-Bahn werde auch nach Fertigstellung des Grundnetzes weitergebaut werden, möglicherweise aber in langsamerem Tempo, da nicht eine Generation allein alle Belastungen tragen könne. Er habe die U-Bahn-Baustellen angewiesen, zu überprüfen, ob nicht mehr unbedingt benötigte Flächen geräumt werden können. So konnten bereits die Bauhütte am Graben und der Hafnersteig geräumt werden. (ger)

Wiener Budget 1977 beschlossen

Die Debatte über das Wiener Budget für 1977 ist sehr aufschlußreich gewesen, erklärte Finanzstadtrat Mayr (SPÖ) in seinem Schlußwort. Sie hat deutlich die Meinungsvielfalt, aber auch deren Problematik aufgezeigt. Die Konfrontation der Meinungen ist aber wichtig zur optimalen Lösung. Der Budgetentwurf ist in einem Rahmen von 43 Milliarden erstellt worden. Die ziffernmäßige Zusammenfassung der dazu gestellten Anträge - soweit sie nur Veränderungen, aber nicht Erweiterungen betreffen - würden den Budgetrahmen um 500 Millionen oder ein Prozent erweitern. Dazu stellte Mayr die Frage: Würden jene, die dieses Budget ablehnen, es auch dann tun, wenn dieses eine Prozent drin wäre - oder verlassen sie sich darauf, daß die Mehrheit, die die Verantwortung trägt, den Vorschlag ohnedies beschließen wird? Die weiteren Anträge, die eine Erweiterung verlangen, würde ein zusätzliches Prozent ausmachen. Was jedoch darüber hinaus an Wünschen und Notwendigkeiten in der Debatte vorgebracht wurde, würde natürlich darüber noch weit hinausgehen.

Mayr kam dann auf die Sorgen über die wirtschaftliche Entwicklung zu sprechen, die quer durch alle Parteien, durch

die ganze Bevölkerung geht. An alle Gebietskörperschaften ist die Aufforderung ergangen, zu sparen und nur das Notwendigste zu tun. Man sollte sich daher doch einmal überlegen, welche Auswirkungen die Erfüllung der vielen Wünsche haben können, man soll doch im Rahmen der Realität bleiben und sich schließlich auch keine Illusionen über die Auswirkung auf die Öffentlichkeit machen, wenn man Wunschvorstellungen vertritt.

Mayr sagte, daß er in seinem Bericht deutlich auf die Sorgen, betreffend die Einnahmen hingewiesen habe. Man werde unter voller Verantwortung der Bevölkerung gegenüber entscheiden, die diese vorgebrachten Wünsche zu bezahlen hätte. Mit vollem Vertrauen zur politischen Urteilsfindung der Wiener Bevölkerung, wird man alles daransetzen, um mit den Möglichkeiten fertig zu werden, die uns die industrielle Revolution gebracht hat. Die Stadt ist in ein echtes Dilemma geraten. Es ist unsere Aufgabe, dieses Dilemma zu überwinden. Nur die Stadt ist in der Lage, den Reichtum der Nation zu erarbeiten! Sie bezahlt es mit dem hohen Preis der schwindenden Annehmlichkeiten. Als große Linie muß es gesehen werden, diese Herausforderung im letzten Viertel des zwanzigsten Jahrhunderts zu bewältigen. Es kann aber nur mit dem erarbeiteten Reichtum ermöglicht werden, die Stadt als besten Ort des menschlichen Lebens zu erhalten. Wir sollen vor dieser Herausforderung nicht kapitulieren. Im Vergleich zu anderen Großstädten hat Wien schon viel geleistet, um die Lebensqualität zu erhalten.

Zu Forderungen an den mittelfristigen Investitions- und Finanzplan, die in der Debatte gestellt wurden, sagte Mayr, daß man nicht an Zahlen kleben bleiben kann, man muß sie verändern, wenn es erforderlich ist. Vor allem bei Baustellen muß man in Betracht stellen, daß sie leben und nicht immer unbedingt nach Plan ablaufen. Man kann auch nicht für 1976 mehr Geld verlangen, wenn schon 1966 ein Teil davon vorfristig eingesetzt werden konnte.

Die Prognose hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung wurde verschiedentlich kommentiert. Dazu ist zu sagen, daß im letzten Quartal 1976 das österreichische Nationalprodukt den Index von 104,1 (1973 ist gleich 100) erreicht hat.

In Wien waren es jedoch 104,3. Wien hat den Aufschwung zwar nicht so stark mitgemacht, aber auch nicht den Abschwung wie sonst in Österreich.

Die Prognosen wurden mit Vorsicht erstellt. Kommt es besser, wird man es begrüßen. Eine Entwicklung zum Schlechteren wird aber Wien nicht überraschen. Es wurde eine Entwicklung eingeleitet, daß Wien in den nächsten Jahren eine gute Politik machen kann. Eine wichtige Voraussetzung dazu ist jedoch, daß sich die Ostregion zu einer vernünftigen Zusammenarbeit bekennt. Der Optimismus dazu hat freilich bereits einen Dämpfer bekommen. Diese Woche wurden Verhandlungen über die Weiterführung der Badner Bahn abgeschlossen. Es wurde vereinbart, daß bei Investitionen der Bund 40 Prozent, Wien und Niederösterreich je 30 Prozent beitragen. Für die Betriebskosten kommt der Bund zu 70, das Land Wien zu 30 Prozent auf. Unter diesen Bedingungen sollte die Konzession auf fünf Jahre verlängert werden. Inzwischen hat jedoch Niederösterreich erklärt, der Konzession nicht auf fünf Jahre, sondern nur auf ein Jahr zustimmen zu wollen. Unter diesen Umständen ist es gar nicht selbstverständlich, daß Wien bei den Betriebskosten den vom Bund nicht gedeckten Anteil allein bezahlt. Die Verkehrsleistung der Badner Bahn kommt nämlich zu guten fünfzig Prozent den Niederösterreichern zugute. Wien wird daher die Forderung erheben, daß sich Niederösterreich an den Betriebskosten im gleichen Ausmaß beteiligt. Mayr schloß mit einem Bekenntnis zur Raumplanung in dieser Region und betonte den guten Willen zur Zusammenarbeit im Interesse des beiderseitigen Vorteils. Man dürfe aber diesen guten Willen nicht dazu benutzen, eigene Forderungen höher und höher zu schrauben.
(smo)

Abstimmung

Die im Verlauf der Budgetdebatte gestellten Anträge der ÖVP bzw. FPÖ - soweit sie Veränderungen des Budgetentwurfes betreffen - wurden mit den Stimmen der SPÖ abgelehnt. Die Anträge von ÖVP und FPÖ, in denen verschiedene Anregungen gegeben werden, wurden mit einer Ausnahme (ÖVP, betreffend Hochwasserschutz wurde abgelehnt) zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zuge-

wiesen. Der FPÖ-Antrag auf Beschäftigung von weiblichen Musikern bei den Wiener Symphonikern wurde einstimmig angenommen.

Abstimmung: Der Voranschlagsentwurf 1977 und die dazu gestellten formellen Anträge sowie der Gebührenspiegel wurden mit den Stimmen der SPÖ angenommen. Die Vorlage des Finanz- und Investplanes bis 1981 wurde einstimmig zur Kenntnis genommen. (sei)

Restliche Tagesordnung

Im Anschluß daran behandelte der Wiener Gemeinderat die restliche Tagesordnung. Unter anderem wurde mit den Stimmen der SPÖ die Erhöhung der Wassergebühren beschlossen. Ferner beschloß der Gemeinderat die Schaffung einer Kleinbetriebe-Zuschußaktion mit schwerpunktmäßiger Förderung der Nahversorgung sowie die Förderungsaktion zum Ausbau von Dachböden für Wohnzwecke.

Die Beratungen werden morgen, Freitag, mit der Behandlung des Wirtschaftsplanes der Wiener Stadtwerke für 1977 fortgesetzt. Auch der neue Gaspreis steht auf der Tagesordnung.

Debatte um Subventionierung von Kleinbühnen

Eine Subvention in der Höhe von 1,1 Millionen Schilling für "Die Komödianten" und eine Zuwendung für die "Freie Bühne Wieden" von 500.000S beantragte GR. Windhab (SPÖ).

Debattenredner Prochaska (ÖVP) fragte daraufhin, wie lange die Subventionierung für "Die Komödianten" noch fortgesetzt werden sollte. Andere Kleinbühnen, wie z.B. die "Kleine Komödie" in der Annagasse, müßten jahrelang ohne Subvention, bzw. mit viel geringerer Unterstützung auskommen. Die eindeutige Bevorzugung dieser Bühne sei nicht gerechtfertigt und bedeute eine Benachteiligung anderer Bühnen.

Der Theatersaal der "Freien Bühne Wieden", die von der bekannten Chansonette Topsy Küppers geführt werde, sei mit dem Parteilokal der SPÖ Wieden identisch. Auch hier bedeute die überhöhte Subventionierung eine eindeutige Benachteiligung anderer Theater.

Der Kritik der ÖVP stellte GR. Windhab (SPÖ) entgegen, daß der Staat die Aufgabe habe, alle möglichen Kunstrichtungen zu

fördern. Eine Wertung der künstlerischen Aktivitäten sei äußerst schwierig. Das Spektrum der Kritik reiche bei ein und derselben Inszenierung oft von niederschmetternd bis enthusiastisch. Der Staat soll Kunstförderer, aber keineswegs Kunstrichter sein. Der Subventionierung der beiden Theater liegen keine parteipolitischen Intentionen zugrunde.

Die beantragten Mittel wurden mit den Stimmen der SPÖ genehmigt. (ba)

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

k o m m u n a l :

=====

gemeinderatsausschuss genehmigte strassen-projektierungsarbeiten

8 wien, 16.12. (rk) im gemeinderatsausschuss fuer bauten, der donnerstag frueh zusammentrat, wurde anstelle von gr. helmut b r a u n (spoe), der vom gemeinderat in den finanzausschuss entsandt wurde, als erster vorsitzender-stellvertreter gr. roman r a u t n e r (spoe) gewaehlt.

unter den geschaeftsstuecken, die der bautenausschuss behandelte, befand sich die vergabe von zwei wichtigen strassenprojektierungsarbeiten: mit der projektierung der donaukanal-begleitstrasse (bundesstrasse b 302) im abschnitt rotundenbruecke bis stadionbruecke wurde der zivilingenieur fuer bauwesen dipl.-ing. dr. rosinak beauftragt, projektierungsarbeiten im bereich des julius tandler-platzes, der althanstrasse und der nordbergstrasse wurden an zivilingenieur dipl.-ing. dr. dorfwirth vergeben. (we)

1108

k o m m u n a l :

=====

strassenersatzbruecke: gute ergebnisse der belastungsproben

13 wien, 16.12. (rk) die strassenersatzbruecke, deren eroeffnung bautenstadtrat hans b o e c k in der gestrigen gemeinderatssitzung fuer dienstag, 21. dezember, angekuendigt hat, wird gegenwaertig den vorgeschriebenen belastungsproben unterzogen. zehn lastautos von je elf tonnen gewicht wurden zuerst auf die einzelnen tragwerke gefahren, um deren elastizitaet zu pruefen. waehrend der nacht auf donnerstag standen die lastautos ueber dem ersten strombrueckenjoch, das sich naechst dem stadtseitigen ufer befindet. bei der belastung der stromjochs wird die setzung registriert. alle bisher durchgefuehrten belastungsproben zeigten gute ergebnisse und stellen den konstruktoren wie den erbauern der strassenbruecke das beste zeugnis aus.

bei der errichtung der reichsbruecken-strassenersatzbruecke wurde die urspruenglich veranschlagte bauzeit um einen monat unterboten: als fertigstellungstermin war bekanntlich ende jaenner 1977 angenommen worden. vorarbeiten fuer den brueckenbau erfolgten bereits in der zweiten augusthaelfte, mit der errichtung der stromjochs hatte man anfang september begonnen. zumeist wurde in tag- und nachtschichten gearbeitet, an der baustelle waren zeitweise bis zu 300 personen beschaeftigt.

die 330 meter lange strombruecke wurde von der stahlbau-arge wiener donaubruecken, bestehend aus den firmen waagner-biro, voeestalpine und wiener brueckenbau, hergestellt. die rund 120 meter lange pionierbruecke - sie verbindet die strombruecke mit dem stadtseitigen ufer - wurde von rund 100 bundesheersoldaten aus salzburg, tirol und vorarlberg montiert. mit den baumeisterarbeiten war die arge donau-behelfsbruecken, bestehend aus den firmen porr, universale, wibeba und neue reform, betraut. die generelle brueckenplanung stammt von dipl.-ing. pauser, die bauleitung hatte die magistratsabteilung 29, bruecken- und wasserbau, ueber.

tempolimit: 50 km/h

die strassenersatzbruecke weist eine 7 meter breite fahrbahn mit zwei spuren auf. an der stromaufwaerts gelegenen seite befindet

./.

sich ein 1,5 meter breiter gehweg fuer fussgaenger. auf der bruecke sind drei notrufsaehlen angebracht, die mit der feuerwehrzentrale in verbindung stehen. (we)

die leistungsfahigkeit der strassenersatzbruecke wird mit 1.800 personenautos pro stunde auf jeder der beiden fahrspuren angenommen. die bruecke ist in jeder richtung einspurig mit einer gewichtsbeschraenkung von 3,5 tonnen befahrbar - ausgenommen strassendienst- und einsatzfahrzeuge, die bis zu 16 tonnen schwer sein duerfen. es besteht ein radfahrverbot sowie ein fahrverbot fuer alle jene verkehrsmittel, die eine mindestgeschwindigkeit von 30 stundenkilometer nicht erreichen. die hoechstgeschwindigkeit betraegt 50 stundenkilometer, es herrscht ueberholverbot. radfahrer duerfen ihr fahrzeug auf dem gehweg schieben.

das verkehrskonzept fuer die ersatzbruecke, das nach einem gutachten des verkehrsexperten prof. k n o f l a c h e r erstellt wurde, sieht folgende regelung vor: an den kreuzungen lassallestrasse - vorgartenstrasse, lassallestrasse - engertthstrasse im 2. bezirk und an der kreuzung flutbruecke - strassenersatzbruecke im 22. bezirk werden automatische verkehrslightsignalanlagen errichtet, die ebenfalls am 21. dezember in betrieb gehen.

die zufahrt stadtauswaerts wird hauptsaechlich ueber die lassallestrasse sowie zusaetzlich auch ueber die engertthstrasse richtung engelsplatz nach rechts auf die bruecke erfolgen. die wesentlichste aenderung der bestehenden verkehrssituation ist die verschwenkung des stadtauswaerts fliessenden verkehrs bei der vorgartenstrasse ueber die gleise der strassenbahn auf die linke fahrbahnseite. dadurch erfolgt dann am mexikoplatz keine kreuzung mehr mit der geradeaus fahrenden strassenbahn. die abfahrt stadteinwaerts fuehrt zweiseitig ueber die walcherstrasse zur engertthstrasse und ueber die haussteinstrasse zum handelskai.

am jenseitigen ufer wird die auf- und abfahrt zur flutbruecke ueber das inundationsgebiet wieder geoeffnet, der geradeaus fahrende verkehr kann ueber die wagramer strasse abrollen.

von der lassallestrasse ist das linksabbiegen stadtauswaerts in die engertthstrasse verboten. die postautobus-haltestelle wird von mexikoplatz zum elderschplatz verlegt. (ba)

L o k a l :

=====

erbsenbachbruecke: provisorium in wenigen tagen

23 wien, 16.12. (rk) bei der anbotsverhandlung fuer den neubau der erbsenbachbruecke in sievering, die heute, donnerstag, stattfand, wurde festgelegt, dass die firma in der kuerzest moeglichen zeit mit den arbeiten zu beginnen hat. bereits in den naechsten tagen erfolgt eine sicherung des bestehenden gewoelbes. damit erscheint gewaehrleistet, dass die erbsenbachbruecke noch vor den weihnachtsfeiertagen wieder mit personenkraftwagen bis 3,5 tonnen einspurig befahren werden kann. (we)

1600